



**Sozial.  
Mutig.  
Gut.**

**Neuss  
wählt**

**DIE LINKE.**

**Wahlprogramm 2020**



# Neuss wählt...

... Klimaschutz	Seite 4
... Bus und Bahn	Seite 7
... moderne Schulen	Seite 10
... Zukunft für Kinder und Jugendliche	Seite 14
... sozial	Seite 17
... nachhaltige Stadtentwicklung	Seite 20
... bezahlbaren Wohnraum	Seite 24
... besseren Radverkehr	Seite 27
... gute Arbeit	Seite 29
... einen Weg aus der Krise	Seite 32
... verantwortungsvolle Digitalisierung	Seite 35
... sportlich	Seite 38
... inklusiv	Seite 40
... Gesundheit und Pflege	Seite 43
... Kultur	Seite 46
... Integration und Antirassismus	Seite 48
... eine friedliche Zukunft	Seite 51

## 1. Neuss wählt Klimaschutz

DIE LINKE kämpft seit Jahren für eine wirkungsvolle und soziale Klimaschutzpolitik in Neuss. Als Kommune kommt der Stadt Neuss eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der globalen Erwärmung zu, weil viele klimarelevante Emissionen (durch Wohnen, Verkehr oder Gewerbe) im kommunalen Verantwortungsbereich liegen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Klimaschutz in Neuss jedoch vernachlässigt. Selbst das ohnehin schon veraltete Klimaziel der Stadt, die kommunalen Emissionen bis zum Jahr 2030 um 25 Prozent zu begrenzen, wird nach aktuellem Stand weit verfehlt werden.

DIE LINKE fordert, dass die Stadt Neuss sich an den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens orientiert und ihren Teil zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius beiträgt. Um dies zu erreichen, müssen die Emissionen in der Stadt zügig sinken. Spätestens zum Jahr 2035 sollte die Klimaneutralität erreicht sein. Es war die Ratsfraktion DIE LINKE, der es gelang, dieses Ziel der Klimaneutralität als Maßgabe des städtischen Handelns zu verankern. Im entsprechenden Ratsbeschluss hieß es: „die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schweren Folgen wird als Aufgabe von höchster Priorität anerkannt“.

Doch auf den Beschluss zur Aufstellung eines neuen Klimaschutzkonzeptes und zur Fixierung des Ziels der Klimaneutralität folgte erneute Untätigkeit auf Seiten der schwarz-grünen Koalition. Sie verweigerte die Einrichtung eines Klimaschutzfonds und die Finanzierung von Maßnahmen. Im Jahr 2020 steht für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes kein Geld im städtischen Haushalt zur Verfügung.

DIE LINKE fordert nun schnelles Handeln: im Verkehr, in der Stadtplanung, bei der Energieversorgung, im Bau und in vielen anderen Bereichen. DIE LINKE kämpft zugleich dafür, die ökologische Wende sozial und nachhaltig zu gestalten. Gerade Menschen mit niedrigen Einkommen sollen auch von klimapolitischen Maßnahmen profitieren, anstatt zur Kasse gebeten zu werden. In vielen Bereichen ergänzen sich linke Klimaschutz- und Sozial-

politik: etwa bei der Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV, der zugleich mehr Mobilität für den Einzelnen und geringere Emissionen für Alle bedeutet. Insgesamt hat die Ratsfraktion DIE LINKE im vergangenen Jahr mehr als 18 Einzelanträge für Maßnahmen zum Klimaschutz in den Rat gebracht, die allesamt soziale Ausgewogenheit und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verbanden.

Neben dem eigentlichen Klimaschutz wird auch die sogenannte „Klimaanpassung“ in Zukunft immer wichtiger werden. Dadurch sollen die Auswirkungen der globalen Erwärmung auf die Lebensqualität in der Stadt begrenzt werden. Schattenspendende Bäume, ausgedehnte Grünflächen und der Verzicht auf weitere Bodenversiegelungen spielen hierbei eine große Rolle. DIE LINKE fordert, Klimaschutz und Klimaanpassung zu verbinden: Nur wenn die Ursachen und Auswirkungen der globalen Erwärmung gleichermaßen berücksichtigt werden und die Klimapolitik vom bisherigen „Stückwerk“ zu einem umsetzbaren und wirkungsvollen Entwicklungskonzept verschmolzen wird, kann Neuss als lebenswerte Stadt erhalten bleiben.

#### Für eine solidarische Klimapolitik in Neuss fordert DIE LINKE:

- ▶ die Einhaltung des Ziels der **klimaneutralen Stadt bis zum Jahr 2035**.
- ▶ die Einrichtung eines **Klimaschutzfonds**, der nachhaltig und unabhängig von der aktuellen Haushaltslage die Finanzierung des Klimaschutzes sicherstellt.
- ▶ einen **Masterplan Verkehrswende** zum Ausbau des ÖPNV, sowie des Fuß- und Radverkehrs und damit zur Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs im Stadtgebiet.

- ▶ die **Förderung des schienengebundenen Güterverkehrs** durch den Anschluss von Gewerbegebieten an Bahnstrecken.
- ▶ einen **regionalen Klimaschutzplan**, der die städtischen Konzepte ergänzt den **städtischen Kohleausstieg**, durch den Verkauf der kommunalen RWE-Aktien und den Ausstieg aus dem Verkauf von Kohleenergie durch städtische Töchter.
- ▶ die Einrichtung von **nachhaltigen Gewerbegebieten**, die ökologische Vielfalt und Klimaschutz fördern.
- ▶ eine **Abwrackprämie für einkommensschwache Haushalte**, wenn alte Haushaltsgeräte durch neuere, energieeffiziente ersetzt werden.
- ▶ eine aktive Unterstützung der Stadt bei der **Installation von Solaranlagen** auf privaten Häusern.
- ▶ ein „**Klimacafe**“ in Neuss, um Bürgerinnen und Bürgern die Mitsprache beim Klimaschutz zu ermöglichen.
- ▶ den Einsatz **moderner Stadtplanungssoftware** zur Berechnung der CO2-Bilanz bei Planvorhaben.
- ▶ **Klimaneutralität als Kriterium** bei der Vergabe von städtischen Aufträgen.
- ▶ den **klimaneutralen Umbau und Betrieb** von städtischen Gebäuden.
- ▶ den Ausbau von **Geothermie** in Neuss.
- ▶ **Widerstand gegen den Ausbau des Reisholzer Hafens** zum großen Container-Terminal und die Unterstützung der Bürger- und Umweltschutzinitiative „Hafenalarm“.

## 2. Neuss wählt Bus und Bahn!

Für DIE LINKE ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) von entscheidender Bedeutung, wenn es um die Verkehrswende und die Zukunft der Mobilität geht. Nur durch einen massiven Ausbau von Bus- und Bahnlinien wird es gelingen, den Autoverkehr zurückzudrängen und zugleich mehr Bewegungsfreiheit für den Einzelnen zu schaffen. Statt eines Mobilitätsverzichtes wollen wir mehr Mobilität für alle Neusserinnen und Neusser in neuen Formen. Dafür braucht es: einen kostenlosen Nahverkehr, eine Mobilitätsgarantie, Multimodalität, Barrierefreiheit und ausreichende Kapazitäten.

DIE LINKE verfolgt mittelfristig das Ziel, einen kostenfreien ÖPNV einzurichten. Dadurch sollen die Fahrgastzahlen erhöht, der Autoverkehr zurückgedrängt und das Recht auf Mobilität garantiert werden. Als erste Annäherungen an dieses Ziel, haben wir in uns in der vergangenen Ratsperiode bereits gemeinsam mit anderen Fraktionen für ein 365-Euro-Ticket (1 Euro pro Tag) eingesetzt. Doch die Prozesse im Verkehrsverbund VRR, der für die Tarifgestaltung zuständig ist, sind lang und intransparent. Daher wollen wir, dass Neuss eigenständig vorausgeht. DIE LINKE fordert, solange kein allgemein kostenloser Nahverkehr umgesetzt wird, kostenlose Fahrtage zu besonderen Events, wie dem Schützenfest, dem Karneval und dem Weihnachtsmarkt.

Mobilitätsgarantie bedeutet: Jedes Gebiet der Stadt muss von jedem anderen Gebiet aus, innerhalb einer zumutbaren Reisezeit und zu jeder Uhrzeit, erreichbar sein. Der ÖPNV muss in allen Bereichen so gut aufgestellt sein, wie der Verkehr mit dem Auto. Das bedeutet, dass er an 7 Tagen in der Woche und rund um die Uhr zur Verfügung stehen muss. Es bedeutet auch, dass Haltestellen nicht zu weit von den Siedlungsgebieten entfernt liegen dürfen. Dabei gilt: Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten und öffentliche Einrichtungen müssen von jedem Stadtviertel aus mit Bus und Bahn bequem und ohne lange Wartezeiten erreichbar sein. Gerade in den ländlich geprägten Stadtteilen ist hierfür der Einsatz von digitaler Technologie nützlich. So sind haltstellenlose Taxibusverkehre, die digital gesteuert

sind und per App angefordert werden können, bei der Bereitstellung eines Tür-zu-Tür Anschlusses mit dem ÖPNV hilfreich.

Der ÖPNV kann nur dann eine tragende Rolle im Neusser Verkehrs-geschehen spielen, wenn er intelligent mit anderen Verkehrsarten verbunden wird. Das bedeutet: Multimodalität. DIE LINKE fordert Bikesharing für Neuss. Dieses kann und soll mit seinen Stationen sinnvoll mit dem Bus- und Bahnhaltestellennetz verbunden werden. Dazu muss die Möglichkeit zur Mitnahme von Fahrrädern in den Bussen und die Vernetzung von Park-and-Ride-Möglichkeiten verbessert werden. Der Umstieg zwischen Bus und Bahn darf nicht durch mangelnde Abstimmungen bei den Fahrzeiten erschwert werden.

In den letzten Jahren wurden einige Fortschritte beim barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen erzielt. Dieser Weg muss verstärkt fortgesetzt werden. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass neben diesen Bushaltestellen auch die anliegenden Straßen und Plätze barrierefrei erreichbar sind. Im Bereich der Barrierefreiheit muss die Stadt durch digitale Angebote Impulse setzen. So können z.B. blinde Menschen sowohl auf physische Leitsysteme (Leitschienen) als auch auf digitale oder auditive Leitsysteme zurückgreifen. Dabei können wichtige Informationen (etwa darüber, welche Buslinie gerade an einer Haltestelle anfährt) transportiert werden.

Der ÖPNV muss in den kommenden Jahren einen deutlich größeren Anteil am örtlichen Verkehrsmix erhalten, dadurch wird ein Ausbau der Beförderungskapazitäten notwendig. Ausbaumöglichkeiten und Kosten müssen ermittelt und transparent dargestellt werden.



Für einen starken ÖPNV im Rahmen der Verkehrswende fordert  
DIE LINKE:

- ▶ mittelfristig **einen kostenlosen ÖPNV.**
- ▶ eine **Mobilitätsgarantie**, die es ermöglicht, jeden Stadtteil in kurzer Zeit mit Bus und Bahn zu erreichen – an 7 Tagen in der Woche und rund um die Uhr.
- ▶ den **Ausbau von Buslinien und -Kapazitäten**, auch in den ländlicheren Gebieten der Stadt.
- ▶ **kurzfristig kostenlose Fahrtage** an Feiertagen und bei besonderen Events.
- ▶ einen **kostenlosen Schülerverkehr.**
- ▶ **Einrichtung von haltestellenlosen Verkehren** unter Nutzung der Digitalisierung.
- ▶ **Multimodale Strukturen**, die es ermöglichen, Fahrrad, Auto, Fernverkehr und ÖPNV besser miteinander zu verbinden.
- ▶ **Vollständige Barrierefreiheit** in allen Bereichen des ÖPNV, auch beim Umstieg auf andere Verkehrsmittel.
- ▶ einen **massiven Ausbau der Beförderungskapazitäten.**
- ▶ eine **schnelle Umsetzung der Haltestelle Morgensternsheide.**
- ▶ eine **Ausweitung der Vorrechte** für den Linienverkehr, um schnelleren Transport zu ermöglichen.

### **3. Neuss wählt moderne Schulen!**

Kinder brauchen multifunktionale Räume ausgestattet mit vielfältigen Materialien, so dass das Lernen an ihren Bedürfnissen ausgerichtet werden kann. Es muss Räume geben: für kleinere und größere Lerngruppen und Übungen in Einzelarbeit, für Recherche, Forschung, für die Arbeit an Projekten und Werkstücken sowie für Präsentationen auf einer Bühne für die ganze Schulgemeinschaft. Dazu kommen moderne und gut ausgestattete Sporthallen und zusätzliche Räume im Rahmen der Inklusion. Auch für die interkulturelle Öffnung sind weitere Begegnungs- und Beratungsräume nötig. Die räumliche Ausstattung muss dem aktuellen Stand der Technik entsprechen, um die Schüler auf die aktuellen Herausforderungen der Gesellschaft vorzubereiten. Die Kinder brauchen dabei auch Freiraum für Bewegung, Kommunikation und Gestaltung in der gesamten Schule. Unterricht muss dabei nicht nur im Klassenraum stattfinden. Schulgärten sind beispielsweise ein wichtiger Ort, wo Schülerinnen und Schüler das Wissen aus Schulbüchern direkter erfahren und verinnerlichen können. Solche außerschulischen Lernräume müssen ebenfalls zukünftig eingeplant werden.

Moderne und erfolgreiche pädagogische Konzepte scheitern häufig an dem heutigen veralteten Schulsystem, den damit einhergehenden veralteten Planungen für Schulgebäude und deren Ausstattungen, sowie dem fehlenden Geld, das die Schulen für die Beschaffung passender Lehrmittel benötigen. DIE LINKE hat sich in der Vergangenheit bereits erfolgreich dafür eingesetzt, dass es einen guten Mindeststandard für Neusser Klassenräume und deren technische Ausstattung gibt.

Für die Zukunft braucht es nun neben dem zügigen Ausbau und der zeitnahen Sanierung der Gebäude noch weitere Investitionen in die Lehrmitteleinsatz der Neusser Schulen, um die modernen pädagogischen Konzepte auch umzusetzen. Die Reinigung der Schulgebäude muss dabei immer auf höchstem Niveau geschehen. Dazu muss die Situation der Angestellten verbessert werden und die Mitarbeiter müssen direkt bei der Stadt beschäftigt sein.

In kaum einem Land in Europa ist die Wahrscheinlichkeit für einen guten Schulabschluss so vom Portemonnaie der Eltern abhängig wie in Deutschland. Für DIE LINKE ist Bildung jedoch ein allgemeines Gut, welches allen Neusser Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung stehen muss. Dies bedeutet, dass alle Schülerinnen und Schüler kostenfrei mit dem ÖPNV fahren können, mit einem guten Mittagessen versorgt werden und keine extra Kosten für Schulmaterialien, wie z.B. Bücher, besondere Lernmaterialien, Exkursionen oder Klassenfahrten, gerade für Eltern mit niedrigen Einkommen, entstehen.

Das Sekretariat ist das Herz jeder Schule und unerlässlich für einen reibungslosen Tagesablauf. Damit die Neusser Schulen weiterhin gut arbeiten können und eine gute Versorgung der Neusser Schülerinnen und Schüler auch neben dem einfachen Unterricht gewährleistet ist, benötigen diese eine höhere Personaldecke und verbesserte Arbeitsbedingungen. Dasselbe gilt für die Schulsozialarbeit. Die Schule spielt beim Aufwachsen der Kinder eine immer wichtigere Rolle, da sie den Großteil ihrer Zeit dort verbringen. Um einen guten Umgang mit drängenden Fragen des Erwachsenwerdens zu lernen, brauchen die Schülerinnen und Schüler eine bessere Betreuung durch Schulsozialarbeiter. Sowohl im Sekretariat als auch bei der Schulsozialarbeit muss auf befristete Arbeitsverhältnisse möglichst verzichtet werden.

Die Schulentwicklungsplanung der Stadt und die Nachfrage der Neusser Eltern zeigt: Neuss braucht eine neue Gesamtschule. Dieses Projekt muss schnellstmöglich forciert und umgesetzt werden. Der Neubau muss nach aktuellem Standard der Schulgebäudeplanung geschehen und die notwendigen Räume und Ausstattungen für moderne Pädagogik beinhalten. Die vollständige Planung muss von Beginn an darauf ausgelegt sein, eine ideale Voraussetzung für die Umsetzung modernster Schulkonzepte zu schaffen.

Die für eine erfolgreiche Inklusion notwendigen baulichen Veränderungen der Schulgebäude benötigt eine stärkere Berücksichtigung. Beispielsweise die dafür benötigten Rückzugsräume für betroffene Schüler und deren

Betreuer müssen in der Planung häufiger bedacht werden. Ebenso muss die Beförderung der Kinder zur Schule gewährleistet und von der Stadt kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Die Klassen müssen eine Größe haben, die einen idealen Unterricht für alle ermöglicht. Die Inklusion und die Digitalisierung sind große Herausforderungen und Chancen für unsere Gesellschaft. Um diese Chancen bestmöglich zu nutzen, müssen Lehrerinnen und Lehrer mehr Möglichkeiten der Fortbildung in genau diesen Fragen erhalten. Dafür braucht es auch hier mehr finanzielle Unterstützung der Schulen durch die Stadt.

Für den Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke stellen Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle dar. Die Grundbildung muss kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, dazu zählt beispielsweise die Weiterbildung für den Umgang mit neuen Medien, Unterstützung bei Übergängen von der Schule oder anderen Tätigkeiten zum neuen Arbeitsumfeld oder Sprachkurse für Migranten. Die Politische Bildung muss wieder intensiviert werden und umfangreich und kostenfrei für alle zugänglich sein. Dabei dürfen die Beschäftigten der Volkshochschule nicht in unnötig befristeten Arbeitsverhältnissen angestellt sein.

Für die bestmögliche Bildung unserer Kinder fordert DIE LINKE:

- ▶ **moderne Schulgebäude schaffen**, um den Neusser Schülerinnen und Schülern die besten Bedingungen und ein angenehmes Lernumfeld zu schaffen, wo sie erfolgreich lernen können.
- ▶ **guten Unterricht gewährleisten**, indem mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, um moderne pädagogische Konzepte umzusetzen und Schüler mit den notwendigen digitalen Medien auszustatten.
- ▶ **kostenfreie Bildung für alle**, so dass auch der Weg zur Schule, das Mittagessen, Exkursionen und Schulmaterialien keine extra Kosten, gerade für ärmere Eltern, verursachen.

- ▶ **mehr Angestellte in den Sekretariaten und bei der Schulsozialarbeit**, damit neben dem Unterricht, auch in der Schulverwaltung und im Schulalltag, beste Bedingungen geschaffen werden.
- ▶ mehr **städtische Reinigungskräfte** für nachhaltige Sauberkeit bei guten Arbeitsbedingungen.
- ▶ eine **neue Gesamtschule für Neuss**, damit die Klassen an den Neusser Schulen eine gute Größe bekommen, in denen der Unterricht gut gelingen kann.
- ▶ **Inklusion sinnvoll gestalten**, um wirklich allen Kindern in Neuss die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen.
- ▶ mehr **Geld für die Weiterbildung der Lehrer**, damit die Digitalisierung und weitere Herausforderungen der Zukunft bestmöglich gelöst werden können.
- ▶ **Volkshochschulen stärken**, da Bildung für Alle zugänglich und bestmöglich organisiert werden muss.
- ▶ eine ausreichende Mindestanzahl von **Fahrradstellplätzen** an allen Neusser Schulen.
- ▶ eine Stärkung des Mitspracherechtes der **Schülervertretungen**.

#### **4. Neuss wählt Zukunft für Kinder und Jugendliche!**

Die Armut von Kindern und Jugendlichen macht vor Neuss nicht halt. In Neuss leben fast 5.000 Kinder und Jugendliche von Hartz IV; viele davon unter der Armutsgrenze. In kaum einem anderen hochindustrialisierten Land hängen die Chancen auf ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben so eng mit den finanziellen Verhältnissen im Elternhaus zusammen wie in Deutschland. Deswegen ist eine gute soziale Infrastruktur eine wesentliche Voraussetzung, um Chancengleichheit zu ermöglichen und allen Kindern und Jugendlichen gute Perspektiven zu eröffnen.

Unsere Kinder in Neuss brauchen Freiräume, in denen sie mitbestimmen und mitgestalten können. Die Jugend- und Kinder- Freizeiteinrichtungen müssen dringend personell und finanziell besser ausgestattet und ausgebaut werden. Gerade Kinder und Jugendliche aus armen Familien brauchen für ihre Freizeitgestaltung einen kostenlosen, wohnortnahen, präventiv wirkenden Lernort, um Chancengleichheit und Teilhabe zu erfahren.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen Entscheidungsprozessen unserer Stadt ist für DIE LINKE besonders wichtig. Junge Menschen müssen in Neuss die Möglichkeit der eigenverantwortlichen, aktiven Mitgestaltung bekommen. Unabdingbar sind hierzu reale Entscheidungskompetenzen, damit die jungen Menschen mitwirken können und es nicht bei einer „Pseudo-Beteiligung“ bleibt. Politische Bildung für Kinder und Jugendliche muss daher in Neuss einen hohen Stellenwert einnehmen. Besonders wichtig ist die antifaschistische Bildung der jungen Menschen in Neuss. Hierfür sollte die Stadt ausreichende Finanzierung bereitstellen.

Die Kitaplätze, auch für U3, müssen schnellstmöglich ausgebaut werden, damit jedes Kind kostenlos und wohnortnah versorgt wird. Eltern müssen dabei wählen können, ob sie eine Tagespflege oder einen Kitaplatz bevorzugen. DIE LINKE fordert eine Anhebung der Qualifikation der Tagespflegepersonen und setzt sich für eine bessere fachliche Begleitung dieser

durch das Jugendamt ein. Tagespflegepersonen müssen durch die Kommunen ein festes tarifliches Einkommen erhalten, so dass private Zuzahlungen durch die Eltern entfallen.

DIE LINKE setzt sich für mehr Hilfestellungen in allen Bereichen des Lebens, durch den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit an jeder Grund- und weiterführenden Schule, ein. Hier erreicht man durch die Schulpflicht fast jedes Kind. Korrespondierend dazu bestimmt § 80 Absatz 1 Schulgesetz (SchulG), dass die Schulentwicklungsplanung und die Jugendhilfeplanung aufeinander abzustimmen sind. Seit 2008 existiert auch ein entsprechender Erlass, der die konkrete Rolle der Schulsozialarbeit und ihre Funktion und Zielsetzung im Sinne einer Verzahnung von Schule und Jugendhilfe regelt: Danach arbeiten Fachkräfte für Schulsozialarbeit in gemeinsamer Verantwortung mit den Lehrkräften der Schule insbesondere an der sozialen und kulturellen Integration sowie an der individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler. Sozialpädagogische Handlungsorientierungen sind dabei die Grundlage der Schulsozialarbeit. Dies macht deutlich, dass die Schulsozialarbeit eine immer wichtigere Aufgabe im Leben der Kinder einnimmt und ausgebaut werden muss.

Nach praktischen Erfahrungen haben sich folgende Angebote als Kernelemente der Schulsozialarbeit bewährt: offene „Treffs“ (Cafés, Diskos, Spieletreffs), sozialpädagogische Gruppenarbeit, Kinder- und Jugendberatung (insbesondere in schwierigen Lebenslagen), schulbezogene Hilfen, Konfliktbewältigung, Unterstützung beim Übergang von der Schule in die Berufswelt, Mitwirkung an Schulprogrammen und an der Schulentwicklung, Arbeit mit Eltern und Personensorgeberechtigten, Vernetzung im Gemeinwesen, Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Alle diese Aspekte müssen gestärkt und gefördert werden.

## Für die beste Entwicklung unserer Kinder fordert DIE LINKE:

- ▶ **Jugend- und Kinder- Freizeiteinrichtungen personell und finanziell besser ausstatten und ausbauen.**
- ▶ mehr **Beteiligung durch Mitgestaltung und reale Entscheidungskompetenzen** sowie die Vermeidung von „Pseudo-Beteiligung“.
- ▶ einen **höheren Stellenwert der politischen Bildung**, besonders der antifaschistischen Bildung.
- ▶ **Ausbau der der Kitaplätze und Wahlmöglichkeit zwischen Kita und Tagespflege.**
- ▶ **bessere Qualifizierung und tarifliche Einkommen für die Tagespflegepersonen** und dazu eine fachliche Begleitung durch das Jugendamt.
- ▶ **Ausbau der Schulsozialarbeit** und Stärkung der vielen erfolgreichen Angebote für Kinder und Jugendliche.



## 5. Neuss wählt sozial

In Neuss beziehen mehr als 14.000 Menschen SGB-II Leistungen, darunter mehr als 1.200 Alleinerziehende. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger insgesamt und der Menschen mit niedrigem Einkommen ist noch höher. Diese Menschen treffen in Neuss auf einen überhitzten Wohnungsmarkt und hohe Kosten für Mieten, Mobilität und kulturelle Teilhabe. Die Zahl der Wohnungslosen steigt, ebenso wie die Gefahren von Alters- und Kinderarmut. Der Kampf gegen Armut und Benachteiligung hat für DIE LINKE höchste Priorität. Auf Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE wurde das Problem der Wohnungslosigkeit in Neuss erstmals politisch und systematisch untersucht und angegangen. Darüber hinaus hat sich DIE LINKE in den vergangenen Jahren auch für die Minderung der Wohnungsnot und für die Anhebung der Mietobergrenzen bei Sozialhilfeempfängern eingesetzt. DIE LINKE forderte wiederholt eine Aufhebung aller Sanktionen und ein Ende bei der Kürzung von Mietzahlungen durch das Jobcenter.

DIE LINKE wehrt sich weiterhin gegen alle Kürzungsvorhaben im Sozialbereich. Im Rahmen vergangener Sparprogramme wurde immer wieder versucht, soziale Leistungen einzuschränken. Stattdessen wirbt DIE LINKE für einen Ausbau der sozialen Angebote: mehr Beratung, mehr Sozialarbeit, mehr Geld für arme Familien und geringere Eintrittspreise für Schwimmbäder, Museen und andere Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Insbesondere die aufsuchende Sozialarbeit muss noch mehr gestärkt werden, um Menschen aktiv anzusprechen und Hilfsangebote bekannt zu machen.

Zugleich findet ein demografischer Wandel statt. Die Zahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nimmt zu. Dadurch entstehen neue Herausforderungen und Ansprüche an barrierefreie Quartiere und soziale Teilhabe. DIE LINKE kämpft für ein gutes Leben in Neuss für Jung und Alt. Dazu gehört auch eine optimale Versorgung in allen Stadtvierteln und eine gute Erreichbarkeit aller wichtigen Einrichtungen. Ärzte, Apotheken und Lebensmittelgeschäfte müssen in allen Stadtteilen in ausreichender Menge vorhanden sein. Dies gilt auch für Plätze in Pflege- und Altenhei-

men. DIE LINKE unterstützt alle Anstrengungen, die älteren und pflegebedürftigen Menschen ein Leben in der eigenen Wohnung ermöglichen. Wenn doch ein Pflegeplatz erforderlich ist, muss dieser auch in unmittelbarer Nähe zu Freunden und Verwandten verfügbar sein. Immer mehr Familien werden zerrissen und soziale Kontakte gehen verloren, weil Neusserinnen und Neusser keinen Heimplatz in der Nachbarschaft erhalten und stattdessen ins Umland umziehen müssen.

### Für eine solidarische Sozialpolitik in Neuss fordert DIE LINKE:

- ▶ **Bezahlbare Wohnungen** für alle Neusserinnen und Neusser, durch massive Ausweitung des öffentlich geförderten Wohnungsbaus.
- ▶ das **Ende von Schikanen, Sanktionen und Mietkürzungen** durch das Jobcenter Rhein-Kreis Neuss.
- ▶ **gute Arbeitsplätze** in der öffentlichen Verwaltung und in den städtischen Unternehmen für (Langzeit-)Arbeitslose anstelle von prekären Arbeitsgelegenheiten und 1-Euro-Jobs.
- ▶ die Bereitstellung von mindestens 15 **Wohnungen für Wohnungslose** pro Jahr durch den Neusser Bauverein.
- ▶ den **Ausbau der Wohnungslosenhilfe**, besonders für Frauen und Familien.
- ▶ die **Ausweitung der aufsuchenden Sozialarbeit** auf alle Stadtteile.
- ▶ die Durchsetzung des „Neuss Pass“, um Menschen mit niedrigem Einkommen **vergünstigten Eintritt in Kultur- und Freizeiteinrichtungen** zu ermöglichen.

- ▶ **mehr städtische Initiative in der Pflegebedarfsplanung:** Wer in Neuss pflegebedürftig wird, soll auch in Neuss einen Pflegeplatz erhalten!
- ▶ eine **Ausweitung des städtischen Angebotes für Seniorinnen und Senioren**, mit mehr Beratungsstellen und angebotenen Freizeitaktivitäten.
- ▶ die **Schaffung von sozialen Treffpunkten in allen Stadtteilen**, mit einem Angebot von Beratung, Hilfe und kostengünstigem Essen und Trinken für Jung und Alt.
- ▶ eine Stadtentwicklung, die die Erfordernisse des demografischen Wandels berücksichtigt und **gut zugängliche Versorgung und Infrastruktur in allen Teilen der Stadt** schafft.
- ▶ die Sicherstellung von **ausreichenden Kapazitäten im Frauenhaus**.
- ▶ **Keine Kürzungen oder Sparmaßnahmen im Sozialbereich!**

## 6. Neuss wählt nachhaltige Stadtentwicklung

Die Neusser Stadtentwicklung gerät ins Stocken. Flächen werden knapp, Freiräume wichtiger. Zugleich bleiben bereits versiegelte Gebiete wie das alte Pierburggelände unbebaut. Stadtverwaltung und Ratsmehrheit schießen lieber auf die letzten freien Flächen im Neusser Süden oder auf der Morgensternsheide, als die brachliegenden Standorte im Stadtgebiet zu entwickeln und mit modernen Konzepten zu bebauen.

Mehr als 100 Hektar neue Gewerbegebiete soll die Stadt Neuss in den kommenden Jahren ausweisen, wenn es nach dem Willen der schwarz-grünen Ratsmehrheit geht. Die Grundlage dafür bildet ein einzelnes Gutachten, dessen Aussagekraft jedoch zu bezweifeln ist, da es im Wesentlichen auf Flächenveräußerungen der vergangenen Jahre basiert. Die Bedürfnisse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger, das Zusammenspiel von Wohnen, Wirtschaften und Umwelt und die dafür notwendige Infrastruktur spielen keine Rolle. Das Gutachten geht weder auf die Qualität der Bebauung, noch auf die Zahl der zu schaffenden Arbeitsplätze ein. Auch absehbare Entwicklungen, wie z.B. der Strukturwandel im Kreisgebiet, bleiben unberücksichtigt. All diesen Mängeln zum Trotz, bildet das besagte Gutachten die zentrale Grundlage der Neusser Flächen- und Stadtentwicklungspolitik.

DIE LINKE tritt an, dies zu ändern. Wegweisende politische Entscheidungen können nicht allein auf Hochrechnungen basieren. Die Stadtentwicklung ist keine Aufgabe für Technokraten und Beraterfirmen. Wie wollen wir in Neuss leben? Wie soll unsere Stadt in 10, 15 oder 20 Jahren aussehen? Wie können Wohnen und Gewerbe verträglich gestaltet werden? DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese politische Fragestellung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren. Eine isolierte Betrachtung einzelner Aspekte, ein Ausspielen von Gewerbe- und Wohnflächenentwicklung müssen dabei vermieden werden. Bis zum Abschluss eines breiten Beteiligungsprozesses, dürfen keine unaufhebbaren Fakten geschaffen werden. Aus diesem Grund hat DIE LINKE in der Vergangenheit ein Moratorium für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen gefordert.

In der weiteren Stadtentwicklungsdebatte setzt sich DIE LINKE für eine nachhaltige und vollständige Berücksichtigung aller wesentlichen Aspekte ein. Ein Gesamtkonzept muss einen Ausgleich für den Bedarf von Wohn- und Gewerbeflächen herstellen, um eine weitere Verschärfung des Neusser Wohnungsmarktes zu vermeiden. Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen bedarf es einer politischen Steuerung des Ansiedlungsprozesses, um abzusichern, dass neues Gewerbe auch mit qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen einhergeht. Auch die Infrastruktur gerät zunehmend an ihre Grenzen, was von den Anwohnerinnen und Anwohnern auch deutlich wahrgenommen und vorgetragen wird. Dies bezieht sich nicht nur auf Verkehre, Kanäle und Versorgungswege, sondern auch auf die soziale Infrastruktur (bspw. Schulen und Kindergärten). Jede Stadtentwicklung muss diesen Aspekt von Anfang an einbeziehen. Bisher ebenfalls kaum berücksichtigt, sind die Auswirkungen der Flächenpolitik auf Umwelt, Klima und die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner. In Anbetracht der klimatischen Entwicklungen stellen Freiflächen einen ökologischen Wert da, der geschützt werden muss. Gleiches gilt für die von den Bürgerinnen und Bürger vorgetragenen Zweifel und Befürchtungen. Der Schutz ihrer Lebensqualität muss ernst genommen werden; akzeptable Lösungen lassen sich nur im Dialog und unter politischer Beteiligung aller Betroffenen finden.

All diese wichtigen Aspekte wurden bisher nur unzureichend berücksichtigt. DIE LINKE fordert daher die Erarbeitung eines umfassenden Stadtentwicklungskonzeptes „Neuss 2035“. Dabei sollen die bisher ungenutzten Flächen im Stadtgebiet ebenso berücksichtigt werden, wie die absehbaren Entwicklungen der Wirtschaftsstruktur im Rhein-Kreis Neuss. Vor dem Hintergrund einer sehr niedrigen Zahl von noch verfügbaren Flächen und dem bevorstehenden Ende des Flächenwachstums, ist eine sachgerechte und breite politische Debatte notwendiger denn je, um eine nachhaltige und verantwortungsvolle Entwicklung der Stadt zu ermöglichen.

Gleiches gilt für die Gestaltung der Verkehrswende. Die Straßen sind überlastet, der „Verkehrsinfarkt“ droht. Während der Verkehr ständig zu-

nimmt, nimmt die gefühlte Fortbewegungsgeschwindigkeit eher ab. Es dominieren motorisierte Verkehre. Polternde LKWs beeinträchtigen die Lebensqualität der Menschen in vielen Stadtteilen. Die Abgase treiben den Klimawandel voran und vergiften die Atemluft. DIE LINKE setzt sich für die Förderung umweltschonender Mobilitätsformen ein. Dabei spielen der ÖPNV und der Radverkehr die wichtigste Rolle. Das Ziel eines Mobilitätsentwicklungskonzeptes muss daher sein, den Anteil des sogenannten „Umweltverbundes“ am Gesamtverkehr zu erhöhen. Eine echte VerkehrswENDE findet nur dann statt, wenn zeitgleich der Anteil des motorisierten Verkehrs abnimmt. DIE LINKE kämpft für eine autofreie Innenstadt, neue Konzepte zur Eindämmung von Logistik- und Lieferverkehren, bessere Radwege und eine Aufwertung des ÖPNV. Die Verkehrswende muss ein zentraler Bestandteil aller Stadtentwicklungspolitik sein.

#### Für eine nachhaltige Stadtentwicklung fordert DIE LINKE:

- ▶ eine breite **Bürgerbeteiligung** zur Aufstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes „Neuss 2035“ unter Einbindung von Bürgerinitiativen und Gruppierungen in den betroffenen Stadtteilen.
- ▶ ein **Moratorium für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen** bis zum Abschluss der Bürgerbeteiligung und der Analyse des tatsächlichen Bedarfs.
- ▶ die konsequente und vorrangige Befolgung von **Klimaschutz und Klimaanpassung** bei allen Fragen der Stadtentwicklung.
- ▶ eine forcierte **Schaffung von Wohnraum** durch „vertikale Verdichtung“.
- ▶ die **Nutzung brachliegender Flächen**, anstatt eines fortschreitenden Flächenfraßes in den Außenbezirken.
- ▶ **weitere Nutzung des alten Pierburg-Geländes** für Gewerbe.

- ▶ die **Umwandlung des Rennbahnareals** in einen attraktiven Bürgerpark, mit hohem Erholungs-, Sport-, und Freizeitfaktor – ohne Pferderennen.
- ▶ die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene durch den **Bau einer Eisenbahnbrücke zur Verbindung der Neuss-Düsseldorfer Häfen** und die Anbindung von Gewerbe- und Industriegebieten an den Schienenverkehr.
- ▶ den vollständigen **Verzicht auf die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete** im Neusser Süden und auf der Morgensternsheide.
- ▶ die Einrichtung von „**Mikro-Depots**“ **in Innenstadtnähe**, um Lieferverkehre zu reduzieren und zentrale Anlaufstellen zu schaffen.
- ▶ die verstärkte **Förderung von Fahrradverkehr und ÖPNV**.
- ▶ die **Planung inklusiver Quartiere** mit wohnortnaher Versorgung und kritischer Infrastruktur in allen Stadtteilen.

## 7. Neuss wählt bezahlbaren Wohnraum

Der Neusser Wohnungsmarkt ist seit Jahren stark angespannt. Bei Wohnungsbesichtigungen bilden sich lange Schlangen, die Mietpreise ziehen immer stärker an und viele Menschen finden schlicht gar keine Wohnungen mehr im Neusser Stadtgebiet. Zusätzlich zu den Mieten steigen auch die Nebenkosten: das Wohnen in Neuss wird immer teurer. „In keiner bundesdeutschen Großstadt ist die Mietbelastung größer als in Neuss“, stellte eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung bereits im Jahr 2019 fest. Knapp 50 Prozent der Neusserinnen und Neusser müssen demnach mindestens 30 Prozent ihres Haushaltseinkommens nur für die Miete aufbringen.

Das Problem ist schon lange bekannt und hat sich in der vergangenen Ratsperiode noch weiter verschärft. Nur DIE LINKE setzte sich in den letzten 6 Jahren konsequent für die Einhaltung der Mindestquote für öffentlich geförderte Wohnungen ein, die der Rat im „Konzept Bezahlbarer Wohnraum“ beschlossen hatte. Trotz dieses Grundsatzbeschlusses wurden immer wieder Bauprojekte genehmigt, bei denen keine einzige Sozialwohnung entstand. Diese Praxis muss sich schnell ändern!

Denn die Zahl der Sozialwohnungen nimmt ab. Sie werden bei Neubauten abgerissen oder fallen aus der Sozialbindung, was zu steigenden Mieten führt. Die bisherige Politik ist nicht in der Lage, diesen Schwund von preisgünstigem Wohnraum zu stoppen. Neben der Quote braucht es dafür auch neue Wohnungsbaukonzepte, denn der Mangel an Bauflächen wirft Probleme auf. Grundsätzlich gilt der richtige Grundsatz: Innen- vor Außenverdichtung. Doch die Antwort kann nicht allein in der Innenverdichtung liegen, da so wertvolle Grün- und Aufenthaltsflächen verlorengehen und städtebauliche Grenzen existieren. Deshalb bedarf es auch einer vertikalen Ausrichtung des Wohnungsbaus. So können öffentlich geförderte Wohnungen auch in dicht besiedelten Gebieten und an attraktiven Standorten neu entstehen.



Neben einer perspektivischen Verbesserung des Wohnungsmarktes durch Neubau, sind auch schnelle Hilfsmaßnahmen für Mieterinnen und Mieter notwendig. Besonders in der Krisenzeit müssen sie vor Mietschulden, Zwangsräumung und Wohnungslosigkeit geschützt werden. Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen sind besonders betroffen. Dazu zählen auch Arbeitslose, die in Neuss seit vielen Jahren mit zu niedrigen Mietobergrenzen traktiert werden und einen Teil ihrer Miete häufig aus dem Regelsatz bestreiten müssen. DIE LINKE kämpft seit Jahren gegen diese Praxis des Jobcenters. Außerdem müssen Schutzmaßnahmen, wie die Mietpreis- und Kappungsgrenze erhalten bleiben. Dafür ist es zwingend notwendig, dass Neuss wieder in die Mieterschutzverordnung des Landes aufgenommen wird.

### Für mehr bezahlbaren Wohnraum und wirksamen Mieterschutz fordert DIE LINKE:

- ▶ die strikte Einhaltung der **Quote für öffentlich geförderten Wohnraum** von mindestens 25 bis 30 Prozent in allen Neubaugebieten ab sofort.
- ▶ die kritische **Evaluation der Entwicklung des Sozialwohnungsbestandes** und eine Anpassung der Quote (bis zu 100 Prozent) und die Ausweitung des Neubaus durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft, bis zur Festigung des Bestandes auf bedarfsgerichtetem Niveau.
- ▶ die Einführung eines **sozialen Sockeltarifs** durch die Stadtwerke als Energieversorger, um Stromkosten für die Verbraucher zu senken und die Einsparung von Energie zu belohnen.
- ▶ die **Wiederaufnahme von Neuss in die Mieterschutzverordnung** des Landes.

- ▶ die Aufhebung des „schlüssigen Konzeptes“ des Rhein-Kreis Neuss und die **Rücknahme aller Mietzahlungskürzungen und Sanktionen** durch das Jobcenter.
- ▶ eine **Senkung der Abfallgebühren** durch Senkung der Mindestabnahmemengen, damit nur bezahlt werden muss, was auch wirklich benötigt wird.
- ▶ die **Ausweitung des Wohnungsbaus** unter Zuhilfenahme neuer Konzepte: weniger Flächenverbrauch durch vertikale Verdichtung.
- ▶ die **Bekämpfung von Leerstand** und Umwandlung von Wohnraum zur gewerblichen Nutzung durch Erlass einer **Wohnraumschutzsatzung**.
- ▶ die Ausnutzung von Ermessensspielräumen im Verwaltungshandeln (etwa bei der Baugenehmigung und Grundstücksvergabe), um den **Bau öffentlich geförderter Wohnungen** zu begünstigen.
- ▶ die Ausweisung von Gebieten zur Errichtung von sogenannten **„Tiny Houses“** in Neuss.
- ▶ die **Förderung von gemeinschaftlichem Wohnen** durch die Stadt nach den Maßgaben des Konzepts „Soziale Hausgemeinschaft Neuss“.

## 8. Neuss wählt besseren Radverkehr

Das Fahrrad spielt auch in Neuss eine immer wichtigere Rolle. Jahr für Jahr fahren mehr Menschen regelmäßig mit dem Rad und legen dabei immer längere Strecken zurück. Der Neusser Verkehr, die Lebensqualität und die Radfahrenden selbst profitieren davon: Radfahren ist nicht nur gesund, es ist auch vergleichsweise kostengünstig und damit für breite Bevölkerungsschichten attraktiv.

Fahrradfahren produziert weder Lärm, noch gesundheits- und klimaschädliche Abgase. Auf kurzen Strecken ist das Fahrrad häufig auch das schnellste Verkehrsmittel. Trotz all diesen Vorteilen wird der Radverkehr in Neuss noch zu wenig gefördert. Die Radinfrastruktur ist in einem schlechten Zustand. Beim letzten ADFC-Fahrradklimatest hat Neuss sogar schlechter abgeschnitten, als noch in den Jahren zuvor. Besonders schlecht bewertet wurden dabei viele Aspekte, die DIE LINKE in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert hat: gefährliche und ungesicherte Baustellen, mangelhafte Pflege und Reinigung von Radwegen, unkoordinierte Ampelschaltungen und folgenloses Falschparken auf den Radwegen. Auch das Fehlen eines funktionierenden Bike-Sharings-Systems wird von den Radfahrenden in Neuss kritisiert.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, das Radfahren als wichtigen Teil der Verkehrsplanung zu integrieren und dabei auch die kombinierte Nutzung von Rad und ÖPNV besonders zu berücksichtigen.

Für eine ökologische und soziale Radverkehrspolitik fordert DIE LINKE:

- ▶ **Konsequente Pflege und Winterdienst** für die bestehende Radinfrastruktur.
- ▶ die **gleichrangige Berücksichtigung** des Radverkehrs in der Verkehrsplanung.

- ▶ weitere **Öffnung von Einbahnstraßen** für den Radverkehr, um die Wege zu verkürzen.
- ▶ ein **Bikesharing-System** über die Stadtgrenze hinaus, um Fahrten auch nach Düsseldorf und in den Kreis zu ermöglichen.
- ▶ **mehr Sicherheit an Baustellen:** durch bessere Beschilderung und Ausweichmöglichkeiten für Radfahrende und Fußgängerinnen und Fußgänger.
- ▶ **mehr Platz im Straßenraum** durch ausreichend große Sicherheitsstreifen für den Radverkehr.
- ▶ breitere und **sicherere Radwege** und eine kritische Überprüfung der bestehenden Wege auf ihre Sicherheit, z.B. in Bezug auf einmündenden MIV.
- ▶ Maßnahmen und stärkere **Kontrollen gegen Falschparker auf Radwegen.**
- ▶ **Barrierefreie und unterstützende Radangebote**, etwa durch den Verleih von Handicap- und Lastenrädern.
- ▶ **Vereinfachte Multimodalität**, durch den leichteren und barrierefreien Umstieg zwischen Rad und ÖPNV.

## 9. Neuss wählt gute Arbeit

Die öffentliche Verwaltung ist stets von Kürzungs- und Sparmaßnahmen bedroht. Auch im Jahr 2020 beschloss die Ratsmehrheit eine pauschale Einsparung von Stellen in der Stadtverwaltung. Dabei sind die Folgen der jahrelangen Personalknappheit vielerorts deutlich zu erkennen: Umbau und Sanierungsmaßnahmen an Neusser Schulen dauern in der Regel viele Jahre, neue Projekte können kaum noch vorangetrieben werden, wichtige Maßnahmen verzögern sich.

Zugleich steigt der Druck für die noch verbliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtverwaltung: die Fallzahlen in der Sachbearbeitung werden höher, die Überstunden nehmen zu. Die Aufgaben wachsen im höheren Maße, als das Personal in der Neusser Verwaltung. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. DIE LINKE steht an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und fordert sachgerechte Personalaufstockungen statt Einsparungen!

Diese Aufstockungen dürfen jedoch nicht, wie in der Vergangenheit geschehen, durch sogenannte „Arbeitsgelegenheiten“ für Geflüchtete oder durch 1-Euro-Jobs geschehen. Gute Arbeit muss gut bezahlt und sozialversicherungspflichtig erbracht werden. Mit prekären und erzwungenen Beschäftigungen dürfen keine Löcher im Personalhaushalt gestopft werden!

Die Stadt Neuss beschäftigt jedoch nicht nur eigenes Personal. Sie gliedert öffentliche Aufgaben an Privatfirmen aus. So ist die Schulreinigung in Neuss weitestgehend privatisiert. Dies führt nicht nur zu ausbeuterischen Arbeitsbedingungen für die Reinigungskräfte, sondern auch zu schlechten Ergebnissen in der Schulreinigung. DIE LINKE fordert: öffentliche Aufgaben auch durch öffentliches Personal erbringen!

Doch auch außerhalb der Kernverwaltung stehen die Beschäftigten unter Druck. Outsourcing und Ausgründungen vermitteln Angestellte der städtischen Töchter in Arbeitsverhältnisse mit schlechteren Bedingungen. So

werden Angestellte ungleich behandelt und gegeneinander ausgespielt. DIE LINKE fordert hier ein Umdenken: Gute und gleiche Bezahlung in allen Bereichen.

Auch bei der Vergabe von Aufträgen an Firmen, etwa im Bausektor, müssen verbindliche Beschäftigungsstandards festgelegt werden. Für DIE LINKE steht fest: gute Arbeitsbedingungen und Tarifstandards müssen zu einem wichtigen Vergabekriterium werden. Die „billigste“ Lösung geht immer zu Lasten der Beschäftigten.

### Für gute Arbeit in Neuss fordert DIE LINKE:

- ▶ **Rücknahme aller Kürzungen** der vergangenen Jahre beim städtischen Personal.
- ▶ sachgerechte **Aufstockung des Stellenplans** dort, wo der Arbeitsdruck zunimmt.
- ▶ **Verzicht auf „Arbeitsgelegenheiten“, 1-Euro-Jobs** und andere prekäre Beschäftigungen.
- ▶ **keine Ausgliederung von öffentlichen Aufgaben** zu Lasten der Beschäftigten.
- ▶ **einheitliche und tarifliche Bezahlung** von Angestellten der städtischen Töchter durch Rückabwicklung von „Servicegesellschaften“.
- ▶ öffentliche Vergaben nur an Unternehmen, die **gute, tarifliche Arbeitsbedingungen** in der gesamten Lieferkette garantieren können.
- ▶ die **Berücksichtigung der Arbeitsplatzzahl und der Arbeitsbedingungen** bei der Ansiedlung von neuem Gewerbe.

- ▶ **Verzicht auf Sonntagsarbeit** in allen Bereichen, in denen dies möglich ist – Streichung der verkaufsoffenen Sonntage in Neuss.
- ▶ die zugesicherte und **vollwertige Weiterbeschäftigung** von allen Menschen, die im Rahmen von Förderprogrammen für Langzeitarbeitslose bei der Stadt beschäftigt werden, auch über den Förderzeitraum hinaus.
- ▶ den **Verzicht auf alle mit Zwang** durchgesetzten Arbeitsmaßnahmen und Programme.
- ▶ die **Rekommunalisierung der Reinigung** öffentlicher Gebäude durch Beschäftigung von tariflich Bezahlten Reinigungskräften bei der Stadt.

## 10. Neuss wählt einen Weg aus der Krise

Die Corona-Krise trifft auch die Stadt Neuss. Es drohen Einnahmeverluste in Millionenhöhe, kleine Betriebe sind in ihrer Existenz bedroht. Auch die Schließung und Verlagerung von Standorten, ob bedingt durch die Pandemie oder schon länger geplant, führen zu Arbeitsplatzverlusten und Verunsicherung. Niemand kann im Moment vorhersagen, wie stark sich der weitere Infektionsverlauf noch auf die städtischen Finanzen und die Neusser Wirtschaft auswirken wird.

DIE LINKE ist solidarisch mit allen Beschäftigten in Neuss und fordert den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Ob „Galeria Kaufhof“, „Thomy“ oder die Lehrwerkstatt von „Schmolz&Bickenbach“ an der Neusser Stadtgrenze: die Zahl der Schreckensmeldungen hat in den vergangenen Wochen stark zugenommen. Zugleich sind kleine Gewerbetreibende, Gastwirte und Handwerker in einer sehr schwierigen Situation. DIE LINKE hat im Rat für einen „Standortstärkungsfonds“ in Höhe von 5 Millionen Euro gestimmt, um diese kleinen Betriebe und Selbstständige zu unterstützen. Bisher wurden jedoch nur rund 20 Prozent dieser Gelder abgerufen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, zu prüfen, inwiefern die restlichen Gelder weiterhin den Kleinbetrieben zur Verfügung stehen können, die unmittelbar von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie betroffen sind.

Die längerfristigen Folgen, etwa durch einen Nachfragerückgang, kann die Stadt indes nicht ausgleichen. Denn sie gehört mit erwarteten Gewerbesteuerausfällen im hohen zweistelligen Millionenbereich selbst zu den Corona-Geschädigten. Daher ist die Stadt auf Unterstützung des Bundes und des Landes angewiesen. DIE LINKE steht für eine grundsätzliche Umgestaltung der Gemeindefinanzierung, die die Abhängigkeit von der schwankenden Gewerbesteuer beendet und die Finanzierung von kommunalen Aufgaben verlässlich absichert. In Neuss wird sich DIE LINKE daher für eine politisch aktive Stadt einsetzen, die ihre Interessen gegenüber Kreis, Land und Bund selbstbewusst vertritt. Bis grundsätzliche Änderungen erfolgen, muss die Stadt Neuss auch ihre Tochtergesellschaften, etwa die Stadtwerke und die Sparkasse, stärker in die Pflicht nehmen. In den Bi-



lanzen der verbundenen Unternehmen liegen Millionenbeträge, die auch für den Ausgleich des städtischen Etats heranzuziehen sind.

Ein weiteres „Sorgenkind“ der Neusser Wirtschaftspolitik bleibt die Innenstadt. Sollte es tatsächlich zur Schließung von Kaufhof kommen, stehen Rat und Bürgermeister vor großen Herausforderungen. Daher gilt es, diese Schließung mit allen Mitteln abzuwenden. Sollte dies nicht gelingen, muss über innovative Konzepte für die Innenstadt nachgedacht werden. Die Lösung kann in einem gemischten Nutzungskonzept aus Einzelhandel, Gastronomie, Wohnen, Arbeit und Freizeit bestehen, welches die Innenstadt auch mit einem abendlichen Angebot belebt. Im weiteren Umfeld muss die Stadt schnell handeln, um Leerstände von Ladenlokalen frühzeitig zu vermeiden. Nach dem Beispiel von Mönchengladbach-Rheydt könnte die Stadt leerstehende Ladenlokale für eine Übergangszeit anmieten und an Nutzerinnen und Nutzer vermieten, die eher abseits des Einzelhandels tätig sind: Fotografen, Designer, kreative Händler, Künstler und Kulturschaffende. Im Rahmen der Verkehrswende, fordert DIE LINKE außerdem, die Innenstadt weitgehend autofrei zu gestalten.

Für eine solidarische Wirtschafts- und Finanzpolitik fordert DIE LINKE:

- ▶ einen starken Einsatz aller beteiligten Akteure für den **Erhalt von Arbeitsplätzen in Neuss** und die Abwendung von angekündigten Schließungen und Betriebsverlagerungen
- ▶ eine nachhaltige und **attraktive Entwicklung der Innenstadt** mit innovativen Ideen gegen Leerstand und Trostlosigkeit
- ▶ mehr städtischen Einsatz in den kommunalen Spitzenverbänden für eine grundsätzliche und verlässliche **Umgestaltung der Gemeindefinanzierung**
- ▶ **höhere Ausschüttungen** der mit der Stadt verbundenen Unternehmen für den städtischen Haushalt

- ▶ Absicherung der **Aufkommensneutralität** im Rahmen der Umsetzung der Grundsteuerreform
- ▶ den Beitritt von Neuss zum bundesweiten **Netzwerk ÖKOPROFIT**
- ▶ **transparente Kommunikation** der Stadt mit wirtschaftlichen Akteuren, Gewerkschaften und Betriebsräten, zertifiziert durch das RAL-Gütezeichen „Wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln“
- ▶ gezielte Förderung von „**Social Start-Ups**“, die soziale und ökologische Ziele verfolgen
- ▶ die Einrichtung von **Mikro-Depots in zentralen Lagen**, um den Lieferverkehr einzudämmen

## 11. Neuss wählt verantwortungsvolle Digitalisierung

Auch Neuss befindet sich inmitten einer tiefgreifenden, digitalen Transformation. Viele Bürgerinnen und Bürger haben das bereits verstanden. Nur in der Politik herrscht noch häufig die Vorstellung vor, dass die Digitalisierung ein politisch gemachter Prozess wäre, den es „voranzutreiben“, statt zu steuern gelte. DIE LINKE sieht sich auch im Rahmen der Digitalisierung als Interessenvertreterin aller Neusserinnen und Neusser.

Dabei setzt sie auf die Wahlfreiheit aller Menschen. Jede kommunale Leistung muss weiterhin auch analog zur Verfügung stehen – die Digitalisierung darf nicht zum Ausschluss von Menschen führen. Dies gilt umso mehr, für die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Debatte. Welche Daten sollte die Stadt erheben? Wie soll unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen? Wie kann Entfremdung und sozialer Distanzierung entgegengewirkt werden?

Ob im Betrieb oder an der Schule, in der Stadtverwaltung oder in der Daseinsvorsorge: die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche. Smartphone, Tablet und Computer bestimmen den Alltag. So werden in unserer digitalisierten Gesellschaft massenhaft Daten gesammelt, verarbeitet und verwertet. Dies stellt uns vor große Herausforderungen, denn die Digitalisierung bringt massive strukturelle, organisatorische und kulturelle Veränderungen mit sich. Datensicherheit, Datenhoheit und Datensouveränität sind wichtige Bestandteile unserer Demokratie. So bringt die Digitalisierung neben vielen Chancen auch Risiken mit sich.

DIE LINKE will, dass Neuss eine Stadt wird, die Innovationen gegenüber offen ist, Chancen zu nutzen weiß, aber auch Gefahren abwendet und die Daten und Privatsphäre ihrer Bürgerinnen und Bürger schützt. Dies kann nur durch einen eigenen, städtischen Weg durch die Digitalisierung gelingen; durch eine Digitalisierungsstrategie, die sicher, transparent und unabhängig von den großen Tech-Firmen ist.

Voraussetzung ist, dass in allen Stadtteilen schnelle Internetverbindungen vorhanden sind. Für DIE LINKE gehören Glasfaseranschluss und flächendeckendes Datennetz genauso zur öffentlichen Daseinsvorsorge wie Strom und fließendes Wasser. Daher ist auch hier die öffentliche Hand in besonderem Maße gefragt. Digitale Teilhabe darf nicht vom Einkommen oder Wohnort abhängen.

In den vergangenen Jahren hat DIE LINKE zahlreiche Beschlüsse mitgetragen, die der Stadt wichtige Instrumente für die kommunale Gestaltung der Digitalisierung an die Hand gegeben haben. So wurde in Neuss bereits eine eigene Stabsstelle für die Digitalisierung geschaffen. Unserem Antrag folgend, beschloss der Rat darüber hinaus, auch grundsätzliche Fragen in Bezug auf Demokratie und Persönlichkeitsrechte im Rahmen der Digitalisierung zu erörtern und zu berücksichtigen.

#### Im Rahmen der Digitalisierung fordert DIE LINKE für Neuss:

- ▶ **Glasfaseranschlüsse in allen Stadtteilen**, unabhängig von Bevölkerungsdichte und Abnahmemengen.
- ▶ den **Ausbau digitaler Verwaltungsangebote**, damit Wartezeiten und zusätzliche Wege bei einfachen Behördengängen schnell der Vergangenheit angehören.
- ▶ die **Vorhaltung aller Angebote auch weiterhin in analoger Form**, um eine Wahlfreiheit zu ermöglichen.
- ▶ **bedingungslosen Datenschutz und Datensouveränität** für alle Bürgerinnen und Bürger; von der Stadt erhobene persönliche Daten dürfen weder verkauft noch durch mangelnde Sicherheitstechnik zugänglich gemacht werden. Jede Neusserin und jeder Neusser müssen wissen, welche Daten von ihnen erhoben und verarbeitet werden. Die Speicherung muss anonym erfolgen.

- ▶ digitale Angebote **zur Mitbestimmung und Mitgestaltung** der Stadt.
- ▶ mehr Personal und Einfluss für den städtischen **Datenschutzbeauftragten**.
- ▶ die Fortsetzung des Beirates zur „Digitalen Agenda“, um **Selbstverwaltung und Teilhabe** im Digitalisierungsprozess zu ermöglichen.
- ▶ die Ausstattung der Stadtverwaltung mit **Open Source**-Programmen und -Betriebssystemen, nach dem Motto: Public Money, Public Code!
- ▶ **Digitale Lehrmittel** und Breitbandanschlüsse für alle Neusser Schulen.
- ▶ Unterstützung, insbesondere von Seniorinnen und Senioren, beim Umgang mit der Digitalisierung durch **kommunale Weiterbildungsangebote**.
- ▶ ein **Open-Data-Portal** für Neuss, damit alle Verwaltungsinformationen nach dem Informationsfreiheitsgesetz ohne Antrag für jeden Menschen zugänglich und überprüfbar sind.
- ▶ **Höchste Sicherheitsstandards** in der digitalen Kommunikation von Verwaltung und städtischen Beteiligungen.
- ▶ Soziale und ökologische „**Smart City**“-Projekte, die neue Chancen im Kampf gegen den Klimawandel und soziale Ungleichheiten eröffnen. Dabei müssen Social Scoring und staatliche Überwachung ausgeschlossen sein.
- ▶ eine **nicht-kommerzielle** Nutzung und Gestaltung der digitalen Stadt als öffentlichem Raum.

## 12. Neuss wählt sportlich

Neuss ist eine Sportstadt. Zahlreiche Sportvereine leisten seit langer Zeit eine hervorragende Arbeit für unsere Stadt. Sie bieten Kindern und Jugendlichen Gemeinschaftserlebnisse und sinnvolle Beschäftigung, schaffen einen Ausgleich zum oft stressigen Alltag. Sie bereichern den Neusser Veranstaltungskalender mit zahlreichen Events und bieten Möglichkeiten zum sozialen Austausch und Kennenlernen.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für Sportvereine und andere Sporttreibende in Neuss zu schaffen. Hierfür muss eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur bereitgestellt, gepflegt und betrieben werden. Dort, wo die Hallenkapazitäten erschöpft sind, muss über Neubauten nachgedacht werden.

Doch Sport findet nicht nur im Verein oder in der Turnhalle statt. Auch Parks und Grünflächen können Sportstätten sein, wenn sie entsprechend angelegt sind. Hinzu kommen die städtischen Schwimmbäder, die eine wichtige Rolle für den Neusser Sport spielen. Es war DIE LINKE, die sich erfolgreich und konsequent für den Erhalt des Stadtbades einsetzte und die Schließungspläne in der Öffentlichkeit kritisierte.

Auch im Bereich der Fun- und Trendsportarten bleibt in Neuss noch einiges zu tun. Städtische Förderung darf sich hierbei nicht nur auf einzelne traditionelle Sparten beschränken. Stattdessen sollte die gesamte Bandbreite des sportlichen Lebens in der Stadt berücksichtigt werden. Gleichwohl setzt sich DIE LINKE dafür ein, besonders die Vereine, die Kinder- und Jugendabteilungen unterhalten, zukünftig noch stärker zu fördern. Gerade sie leisten einen unschätzbaren Beitrag für die Neusser Stadtgesellschaft.

## Für eine solidarische Sportförderung fordert DIE LINKE:

- ▶ **kostenlose Schwimmkurse** in den städtischen Bädern: Jedes Kind soll schwimmen lernen!
- ▶ konkrete Schritte zum **Neubau einer Sporthalle im Neusser Süden**, hier sind die Belegungszahlen schon heute grenzwertig.
- ▶ **ausgeweitete Öffnungszeiten** in Neusser Sportstätten und Hallen: Wo es möglich ist, sollen auch vormittags Sportangebote für Vereine, Senioren, Familien- und Reha-Sport möglich sein.
- ▶ eine sportliche Entwicklung im Bereich des Hochbunkers am Berghäuschensweg und Prüfung der Entwicklung eines **Kletter- oder Boulder-Angebotes** in Neuss.
- ▶ Förderung und Sicherung von **Skate- und Rollschuhanlagen** in Neuss, im Rahmen der weiteren Stadtentwicklung.
- ▶ einen **gerechten und ausgewogenen Zugang zu den Sportanlagen** für die unterschiedlichen Nutzer und Vereine durch die Stadt Neuss gewährleisten.
- ▶ eine verstärkte Förderung und **Werbung für Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket**; jedes Kind muss die Möglichkeit haben, im Verein sportlich aktiv zu werden.
- ▶ ein **städtisches Förderprogramm** für das Ehrenamt im Sportverein.
- ▶ eine verstärkte **Förderung des Behindertensports** im Rahmen der Inklusion.
- ▶ die Errichtung einer **Mehrzweckhalle für große sportliche Events** und andere Veranstaltungen.

### **13. Neuss wählt inklusiv**

DIE LINKE setzt sich seit vielen Jahren für eine inklusive Stadt ein. Menschen mit und ohne Behinderung haben das Recht, selbstbestimmt und gleichberechtigt an allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens teilzuhaben. Dieses Recht vollständig zu verwirklichen, ist unser Anliegen. Unser Ziel ist daher auch die vollständige Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung in der Stadt Neuss.

In Neuss ließen sich in den vergangenen Jahren einige Fortschritte, aber in manchen Bereichen auch Stagnation erkennen. DIE LINKE hat in der vergangenen Ratsperiode maßgeblich dazu beigetragen, die Inklusion voranzutreiben. Unser Antrag zur Einführung der Leichten Sprache in der Verwaltung führte zu einem Beschluss, der die Stadt verpflichtet hat, künftig alle wichtigen Dokumente auch in Leichter Sprache zur Verfügung zu stellen.

Das ist ein wichtiger Schritt hin zu einer umfassenden politischen Teilhabe von Menschen mit und ohne Behinderung. Bei konsequenter Umsetzung des Beschlusses soll es zukünftig neben dem unverständlichen „Behördendeutsch“ auch leicht verständliche Texte und Erläuterungen geben. Noch immer werden Debatten über den barrierefreien Umbau von Bushaltestellen von Teilen des Rates blockiert oder entscheidend verlangsamt. DIE LINKE setzt sich für den schnellstmöglichen Ausbau der Barrierefreiheit im ÖPNV ein.

DIE LINKE setzt auf die Selbstbestimmung und Wahlfreiheit von Menschen mit und ohne Behinderung. Dies gilt auch besonders für die wesentlichen Fragen des Lebens: Wo und wie will ich wohnen? In welche Kita soll mein Kind gehen? Welcher Arbeit möchte ich nachgehen?



## Für eine gelungene Inklusion fordert DIE LINKE:

- ▶ **Barrierefreien und preisgünstigen Wohnraum** in unterschiedlichen, bedarfsorientierten Wohnformen.
- ▶ **Vollständige Barrierefreiheit in allen öffentlichen Gebäuden, sowie auf öffentlichen Plätzen und im ÖPNV bis spätestens 2025.**
- ▶ **Barrierefreie Quartiere** mit guter Nahversorgung, einem Anschluss an den Öffentlichen Nahverkehr und kurzen Wegen.
- ▶ **Barrierefreie und gut bezahlte Arbeitsplätze** in der öffentlichen Verwaltung, an denen die notwendigen Hilfsmittel oder Assistenzen zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ eine **inklusive Aufteilung des öffentlichen Raumes**, die allen Menschen ermöglicht, sich ungefährdet fortzubewegen (z.B. unterbrechungsfreie Blindenleitschienen, breite Bürgersteige).
- ▶ **Ausreichend Pflegeplätze** in den unterschiedlichen Formen und für alle Altersgruppen in Neuss – keine Aufteilung des Neusser Pflegebedarfes auf den Rhein-Kreis.
- ▶ **Gelebte Inklusion in den Kindertagesstätten und Schulen:** ausreichend finanziert und mit den notwendigen Personalressourcen versehen.
- ▶ **Uneingeschränkte Zugänglichkeit** zu allen Kultur-, Freizeit- und Sportveranstaltungen für alle Menschen.
- ▶ **Leichte Sprache** in der gesamten öffentlichen Kommunikation, insbesondere bei Antragsformularen und Erläuterungen.

- ▶ eine **inklusive Stadtplanung** und ein Bauwesen, das von vorne herein vollständig barrierefrei denkt und keine „Sonderstandards“ für behinderte und nicht-behinderte Menschen entwickelt.
- ▶ **Städtische Hilfen bei der Beantragung von Fördermitteln** zum barrierefreien Ausbau der eigenen Wohnung.

## 14. Neuss wählt Gesundheit und Pflege

Die Verbreitung von COVID-19 hat der Gesellschaft vor Augen geführt, welche bedeutende Rolle eine gute medizinische Infrastruktur und gute Arbeitsbedingungen in Medizin und Pflege haben. DIE LINKE setzt sich für eine öffentliche Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen ein. Gesundheit ist keine Ware – der Zweck von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen besteht in der Gesunderhaltung der Patienten und nicht in der Geldvermehrung!

Auch auf der kommunalen Ebene tritt DIE LINKE für Verbesserungen in Gesundheitssystem ein. Die Stadt Neuss kontrolliert gemeinsam mit dem Rhein-Kreis Neuss das „Rheinland Klinikum“, eines der größten kommunalen Krankenhäuser in Deutschland. Die Fusion von Lukaskrankenhaus und Kreiskliniken war notwendig, um die Standorte der Krankenhäuser zu erhalten. DIE LINKE hat diesen Vorgang kritisch und konstruktiv begleitet. Anstehende Veränderungen im Rahmen des Fusionsprozesses dürfen nicht zulasten der Angestellten oder der Patienten gehen. Alle Standorte müssen erhalten bleiben und die örtliche Versorgung in allen wichtigen Bereichen gewährleistet sein.

Als großer Arbeitgeber steht die Stadt auch in der Verantwortung, sich für bessere Arbeitsbedingungen einzusetzen. Wurde zu Beginn der Pandemie-Zeit noch für die „Alltagshelden“ geklatscht – gibt es inzwischen kaum noch verlässliche Signale, dass die Bezahlung von Pflegerinnen und Pflegern, aber auch nicht-medizinischem und pädagogischem Personal in Pflege-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen verbessert werden soll. Auch über die Arbeitszeiten, den Personalschlüssel und andere wichtige Rahmenbedingungen, wird kaum noch gesprochen. DIE LINKE kämpft für konkrete Verbesserungen. Die Stadt Neuss soll den ersten Schritt gehen und auch gegenüber anderen Kommunen auf die Notwendigkeit von grundlegenden Änderungen bestehen. Anstatt den Protest zu ignorieren und auf „höhere Ebenen“ zu verweisen, fordert DIE LINKE, dass sich die Stadt hinter ihre Beschäftigten stellt und so ein starkes Signal der Solidarität sendet.

Dazu gehört auch, dass die Zahl der Pflegeplätze in Neuss erhöht werden muss. Es braucht mehr Pflegeheime, Plätze für die Kurzzeitpflege und spezielle Angebote auch für junge Pflegebedürftige. Derzeit werden die Pflegeplätze im Rahmen der Pflegebedarfsplanung kreisweit festgelegt. Dabei werden freie Plätze in anderen Gemeinden, mit dem Neusser Mangel verrechnet. Im Ergebnis gibt es in Neuss praktisch keine freien Pflegeplätze. Die Versorgungsquote liegt deutlich unter dem Landesdurchschnitt. DIE LINKE fordert ein Umdenken: als Großstadt muss Neuss gesondert betrachtet werden, eine Verrechnung der Pflegeplätze ist nicht zielführend und unwürdig. Wer in Neuss pflegebedürftig wird, muss auch in Neuss einen Pflegeplatz erhalten; in der Nähe von Freunden und Familie.

Für Wohneinrichtungen der Eingliederungshilfe ist die Stadt Neuss als Gemeinde nicht direkt zuständig. Gleichwohl haben sich durch das Bundesteilhabegesetz einige Änderungen ergeben und auch Schnittstellen zwischen Eingliederungshilfe und kommunaler Existenzsicherung ergeben. Wie auch im Bereich der Pflegeeinrichtungen, kann die Stadt Neuss als politischer Akteur für Veränderungen kämpfen. Mehr als 50.000 Menschen haben sich bereits für die Initiative: „Mehr Wert als ein Danke!“ eingesetzt, um für bessere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Wertschätzung der Arbeit in der Sozialwirtschaft einzutreten. DIE LINKE fordert, dass sich die Stadt Neuss in ihren Möglichkeiten auch in diesem Bereich einsetzt.

#### Für eine bessere Pflege und ein starkes Gesundheitswesen fordert DIE LINKE:

- ▶ die freiwillige Leistung von **Sonderzahlungen durch die städtischen Krankenhäuser** für das Klinikpersonal in der Corona-Zeit.
- ▶ **Solidarität mit den Beschäftigten** – auch über die Krise hinaus, in Tarifverhandlungen, in den kommunalen Spitzenverbänden, in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen.

- ▶ den dauerhaften **Erhalt aller Standorte des „Rheinland Klinikums“**.
- ▶ **keine Einsparungen zulasten des Personals und der Patienten** in den kommunalen Krankenhäusern.
- ▶ **ausreichend Pflegeplätze für alle Pflegebedürftigen** in Neuss.
- ▶ **bessere Arbeitsbedingungen und einen guten Personal schlüssel** in allen (auch indirekt) kommunalen Pflegeeinrichtungen.
- ▶ **mindestens 80 Kurzzeitpflegeplätze** für Neuss.
- ▶ eine **Einrichtung für junge Pflegebedürftige** mit ausreichender Bettenzahl.
- ▶ die **zügige Gewährung von existenzsichernden Leistungen** im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes mit ausreichendem Verwaltungspersonal zur Bewältigung der Anträge.
- ▶ einen **starken politischen Einsatz** der Stadt Neuss für alle Beschäftigten und Bewohnerinnen und Bewohner in Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe.

## 15. Neuss wählt Kultur

Die vergangene Ratsperiode war geprägt von der größten kulturpolitischen Fehlentscheidung der vergangenen Jahrzehnte. Der Stadtrat schlug mit knapper Mehrheit die Annahme einer Jugendstilsammlung im Wert von mehreren Millionen Euro aus. Nur DIE LINKE hatte sich öffentlich und offensiv für die Annahme ausgesprochen. Ratsmehrheit und Bürgermeister drückten sich bis zum Schluss um ein öffentliches Bekenntnis und verwiesen auf die hohen Kosten des notwendigen Umbaus des Clemens-Sels-Museums. Die Tragweite dieser Fehlentscheidung wird nun noch deutlicher, nachdem feststeht, dass das Museum aufgrund seines schlechten Zustandes auch ohne die Annahme der Sammlung vollständig saniert werden muss. DIE LINKE setzt sich weiterhin für die Kulturstadt Neuss ein und kämpft für neue Entwicklungsmöglichkeiten für das Clemens-Sels-Museum.

Das Neusser Kulturleben ist vielfältig und bereichernd. DIE LINKE setzt sich dafür ein, diese Vielfalt zu erhalten und zu fördern. Besonders Einrichtungen wie die Stadtbibliothek, das Museum, die Volkshochschule und die „Alte Post“ bringen vielen Menschen Kunst und Kultur nahe und bereichern den Neusser Veranstaltungskalender. Die Stadtbibliothek nimmt außerdem im Rahmen der Inklusion eine Vorreiterrolle mit vielen barrierefreien Angeboten ein. Daher ist es sehr wichtig, dass das Gebäude der Stadtbibliothek, aber auch das „RomaNEum“, schnellstmöglich barrierefrei ausgebaut werden. DIE LINKE tritt ein, für mehr Zugänglichkeit in der Kultur und fordert seit geraumer Zeit die Einführung eines „Kulturpasses“ für Menschen mit niedrigem Einkommen.

Auch die Jugend- und Subkultur bedürfen städtischer Förderung. Die Stadt ist hierbei in der Pflicht, für ausreichend Entfaltungsmöglichkeiten zu sorgen. Dies betrifft ein ausreichendes Angebot von Proberäumen für Bands und die sinnvolle Ausgestaltung der Musikförderung. Die Resonanz auf den „Rock- und Popförderpreis“ war in den vergangenen Jahren eher verhalten. Hier ist es an der Zeit, neue Wege zu beschreiten und vom Preiswettbewerb zum Förderprogramm überzugehen.

Auch in der Krise haben die Neusser Kulturschaffenden viel Kreativität bewiesen und für zahlreiche Angebote unter widrigen Umständen gesorgt. erinnert sei dabei exemplarisch an das „Theater am Schlachthof“. Es verbietet sich, die Kultur – wie in der jüngsten Vergangenheit geschehen – zum Zentrum von Kürzungsprogrammen zu machen. DIE LINKE hat sich stets gegen Sparprogramme zulasten des Kulturhaushaltes, etwa beim Budget der Stadtbibliothek, ausgesprochen und wird dies auch weiterhin tun.

### Für ein reichhaltiges kulturelles Leben fordert DIE LINKE:

- ▶ einen **neue Zukunftsperspektive für das Clemens-Sels-Museum.**
- ▶ eine „**Proberaum-Offensive**“ zur Förderung von Bands und Musiker\*innen in Neuss.
- ▶ den **Ausbau des „Rock und Popförderpreises“** zu einem Förderprogramm mit Auftrittsmöglichkeiten.
- ▶ die **Fortsetzung antifaschistischer Erinnerungskultur**, insbesondere im Rahmen von Straßen- und Platzbenennungen.
- ▶ die **Erfassung aller Kulturangebote im „Neuss Pass“.**
- ▶ **keine Kürzungen im Kulturbereich.**
- ▶ den schnellen **barrierefreien Ausbau aller Kultureinrichtungen.**
- ▶ die Freigabe von Wänden und Flächen für **Street Art.**
- ▶ mehr **Förderung von bürgerschaftlichem Engagement** bei Kunst im öffentlichen Raum.

## 16. Neuss wählt Integration und Antirassismus

In Neuss leben ca. 25.000 Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen in Neuss die gleichen Rechte haben und gleichermaßen an der Gestaltung des gemeinschaftlichen Lebens beteiligt sind. Daher hat DIE LINKE in der vergangenen Ratsperiode auch die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Ausländer aus Staaten außerhalb der EU gefordert. Bis es soweit ist, unterstützt DIE LINKE den Wunsch des bisherigen Integrationsrates, zukünftig einen Integrationsausschuss bilden zu wollen. Denn Integration bedeutet in erster Linie: Mitbestimmung auf Augenhöhe.

Das gilt auch besonders für die Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren nach Neuss gekommen sind. DIE LINKE setzt sich für diese Menschen ein und fordert eine dezentrale Unterbringung anstelle von Sammelunterkünften. Auch der unkomplizierte Zugang zur Gesundheitsversorgung und zu anderen wichtigen Einrichtungen ist hierbei wichtig. DIE LINKE hat in der vergangenen Ratsperiode erreichen können, dass Geflüchtete in Neuss nicht länger in der Stadtverwaltung vorsprechen müssen, um Zugang zu ärztlicher Versorgung zu erhalten.

Das Erlernen der deutschen Sprache ist eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben, an Bildung und Kultur sowie an gesellschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen. Kinder mit Migrationshintergrund müssen – wie alle Kinder – höchstmöglich qualifiziert werden. Insbesondere Sprachförderangebote müssen für alle Kinder mit entsprechendem Bedarf stattfinden. Die Mehrsprachigkeit von Kindern mit Migrationshintergrund soll als Chance verstanden und gefördert werden. Kinder mit einer natürlichen Mehrsprachigkeit haben einen Anspruch auf eine Förderung, die ihrer persönlichen Situation gerecht wird. Wir wollen an den Schulen ausreichende personelle und sachliche Ressourcen schaffen, um dies flächendeckend sicherzustellen. Wir setzen uns dafür ein, die Herkunftssprache als zweite Fremdsprache anzuerkennen und in Schulen als offene Angebote für alle Schülerinnen und Schüler anzubieten.



Das bestehende Integrationskurs-System ist in vielerlei Hinsicht verbesserungsbedürftig. Es müssen mehr finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um eine faire Bezahlung der Lehrkräfte und eine hohe Qualität der Kurse zu ermöglichen. Zudem müssen Geflüchtete mit Duldung, Asylsuchende und Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus einbezogen werden.

Zugleich kämpft DIE LINKE gegen Rassismus, Antisemitismus, Homophobie und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Für DIE LINKE kann es keine Zusammenarbeit mit rassistischen Parteien geben. Antifaschismus ist ein selbstverständliches Fundament linker Politik. Deshalb begrüßt DIE LINKE jede Form des interkulturellen und interreligiösen Dialogs. Ein echter Meilenstein war in diesem Zusammenhang, der mit der jüdischen Gemeinde abgeschlossene Vertrag über die Einrichtung einer Synagoge in Neuss.

Auch in Neuss gibt es zunehmende rechte Tendenzen, sowie Rassisten und Verschwörungstheoretiker selbst innerhalb des Stadtrates. Für DIE LINKE steht fest: Kein Fußbreit den Faschisten – weder im Wahlkampf, noch danach!

Für ein gelungenes Miteinander in Vielfalt fordert DIE LINKE:

- ▶ **Gleiche Rechte und Mitbestimmungsmöglichkeiten** für alle Menschen in Neuss unabhängig von der Herkunft.
- ▶ Neuss muss dem Bündnis „**Sicherer Hafen**“ beitreten.
- ▶ die weitere **Dezentralisierung der Unterbringung** von Geflüchteten.
- ▶ Fortsetzung und Intensivierung von **zusätzlichen Integrationsangeboten** für Geflüchtete (z.B. Kompass D).
- ▶ **Förderung von Mehrsprachigkeit** in der Schule und außerhalb.

- ▶ **Integration in der gesamten Gesellschaft** fördern: in der Kultur, im Sportverein, im Sozialwesen.
- ▶ Unterstützung und stärkere **Einflussmöglichkeiten für den neuen Integrationsausschuss**.
- ▶ Förderung des **interkulturellen und interreligiösen Dialogs** durch die Stadt.
- ▶ Fortsetzung der **Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde** Düsseldorf/Neuss.
- ▶ **Belebung von Städtepartnerschaften** zur Schaffung eines lebendigen Austauschs.
- ▶ **Widerstand gegen alle Formen von Rassismus**, Antisemitismus, Islamophobie, Homophobie, Frauenfeindlichkeit, Verschwörungs ideologie und andere Formen von Menschenfeindlichkeit im Rat und außerhalb!

## 17. Neuss wählt eine friedliche Zukunft

DIE LINKE steht in der Tradition der Friedensbewegung. Auch auf kommunaler Ebene muss der Kampf gegen Aufrüstung und Militarismus vorangetrieben werden. Durch die Teilnahme am Netzwerk „Mayors for Peace“ und durch die Unterhaltung von Städtepartnerschaften, trägt auch die Stadt Neuss einen Teil zur Völkerverständigung bei. Doch es gibt auch widersprüchliche Entwicklungen.

Jahr für Jahr kooperiert die Stadt mit der Bundeswehr und lädt diese zu Berufsmessen ein. Dort werben geschulte Werbeoffiziere um minderjährige Jugendliche. Die Rekrutierung von Minderjährigen ist ein Verstoß gegen die Kinderrechte und gegen die „Straight 18“ – Vereinbarung der Vereinten Nationen. Im Rat hat nur DIE LINKE in den vergangenen Jahren wiederholt dagegen protestiert, dass sich die Stadt an diesem Vergehen beteiligt. Soldaten haben in Schulen und bei städtischen Angeboten, die sich an Kinder und Jugendliche richten, nichts verloren!

Für den Frieden fordert DIE LINKE:

- ▶ das **Ende aller Kooperationen mit der Bundeswehr.**
- ▶ **keine Soldaten** bei städtischen Veranstaltungen.
- ▶ einen deutlichen **Protest der Stadt gegen die kinderrechtswidrige Rekrutierung Minderjähriger.**
- ▶ auch zukünftig **keine Rüstungsproduktion** oder militärische Anlagen in Neuss.
- ▶ **antimilitaristische Erinnerungskultur.**
- ▶ mehr **friedenspolitische Bildung** an den städtischen Kultur- und Bildungseinrichtungen.

# Neuss wählt DIE LINKE

Am 13. September 2020 oder schon vorher per Briefwahl.

## Impressum

DIE LINKE Neuss  
Fesserstraße 21  
41462 Neuss  
[www.dielinkeneuss.de](http://www.dielinkeneuss.de)

V.i.S.d.P.  
Roland Sperling  
Jostenallee 20  
41462 Neuss

**[www.dielinkeneuss.de](http://www.dielinkeneuss.de)**